



2. Juli 2019

Arbeit im Landtag

Themenwoche #DuBistEsWert



Liebe Leserinnen und Leser,

Leben in gegenseitiger Akzeptanz — zumeist Normalität für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Nordrhein-Westfalen. Oft wird nicht groß über sie geredet, die Akzeptanz, gesellschaftlicher Zusammenhalt funktioniert sehr oft im Stillen. Es scheint als sprächen wir einende Aspekte nur selten an, über das, was uns vermeintlich trennt, wird dagegen in letzter Zeit scheinbar umso häufiger geredet.

Mit unserer aktuellen Themenwoche #DuBistEsWert wollen wir einen klaren Kontrast schaffen. Wir wollen über das reden was uns zusammenbringt. Wir wollen unsere Anerkennung für all diejenigen zum Ausdruck bringen, die täglich dafür sorgen, dass ein Rädchen ins andere greift.

Anerkennung bedeutet für uns, dass wir unsere politischen Ideen für diejenigen einbringen, die unsere Gesellschaft jeden Tag zusammenhalten. Dazu zählen auch die knapp 4.000 Menschen in unserem Land, die sich mit ihrer ganzen Kraft in den Alltag zurückkämpfen und ihre Chancen auf dem sozialen Arbeitsmarkt suchen. Das verdient unseren Respekt, und deshalb fordern wir die Landesregierung mit unserem aktuellen Plenarantrag dazu auf, alles dafür zu tun, dass so viele langzeitarbeitslose Menschen wie möglich die Chance auf ein Beschäftigungsverhältnis erhalten.

[Zum SPD-Antrag](#)

Gemeinsamer PUA zu den Missbrauchsfällen von Lügde

Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen im Landtag NRW haben sich auf die gemeinsame Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zu den Missbrauchsfällen von Lügde verständigt. Der Untersuchungsausschuss soll alle Umstände des massenhaften Kindesmissbrauchs lückenlos aufklären. Das sind wir den Opfern und deren Angehörigen schuldig. Der Ausschuss soll das Fehlverhalten auf allen mit den Vorgängen befassten Ebenen bzw. Behörden gründlich aufklären. Das betrifft sowohl das Handeln von Polizei und Landkreisbehörden, als auch das der Landesregierung gleichermaßen.

Drucksache 17/6588



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

Verkehrswende: kostenloses Ticket für Kinder und Jugendliche

Reden allein hilft nicht! Es muss gehandelt werden—für eine echte Verkehrswende zum nachhaltigen Klimaschutz. Weg vom motorisierten Individualverkehr hin zu einer breiten Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs.

Die Einführung eines landesweiten kostenfreien Fahrtickets für Kinder und Jugendliche bis 14 Jahre ist ein deutliches Signal. In einem ersten Schritt soll der Eltern-Anteil bei den Schülertickets künftig vom Land übernommen werden. In einem weiteren Schritt sollen die kostenlosen Tickets auch für junge Menschen bis 18 Jahren eingeführt werden.

Der Einstieg in die umfassende Verkehrswende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dazu muss die Landesregierung mit den Verkehrsverbänden in NRW verhandeln, um zu einem attraktiven und preiswerteren öffentlichen Personennahverkehr zu gelangen. Mit unserem Antrag fordern wir die Mitte-Rechts-Koalition dazu auf, endlich über ihre Sonntagsreden hinauszukommen und zu handeln.

Drucksache 17/6591



Urheber: www.pixabay.com / fsHH

Sensibilisieren gegen Diskriminierung

50 Jahre nach dem legendären Widerstand von Homosexuellen und Transpersonen gegen Verhaftungen durch die Polizei New York haben sich die Bedingungen für queere Menschen auch hier in Deutschland zum Glück deutlich verbessert. Verbessert, ja, aber es ist noch immer „Luft nach oben“. Errungenschaften der queeren Emanzipationsbewegung geraten politisch zuweilen, auch bei uns in NRW wieder verstärkt unter Druck. Reaktionäre Kräfte mobilisieren gegen Bildungspläne und propagieren traditionalistische Familienbilder.

Es muss Aufgabe der Landesregierung sein, ihre vielfältige Bevölkerung und deren Lebensformen zu schützen. Schwarz-Gelb hat sich in ihrem Koalitionsvertrag klar dazu bekannt. Mit einem gemeinsamen Antrag zusammen mit der Fraktion der Grünen fordern wir die Landesregierung ausdrücklich dazu auf, den eingeschlagenen Weg fortzuführen und konkrete Vorschläge weiter zu entwickeln.

Drucksache 17/6578



Urheber: www.pixabay.com / Chickenonline

Große Anfrage zur Situation und Entwicklung des Radiomarktes

Seit 28 Jahren gibt es in NRW den privaten Lokalfunk. Die 44 Lokalradios tragen zusammen mit dem öffentlich-rechtlichen Hörfunkprogramm des WDR zur Medienvielfalt in NRW bei, die eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz genießt.

Das muss erhalten bleiben! Durch die Einführung des Digitalradiostandards DAB+ jedoch könnte sich der Wettbewerb um Marktanteile in NRW, insbesondere für die Lokalradios deutlich verschärfen. Mit einer Großen Anfrage haben wir die Mitte-Rechts-Koalition dazu um Rede und Antwort gebeten.

[Drucksache 17/3846](#)



Urheber: www.pixabay.com / niekverlaan

„Zuhören—Anerkennen—Nicht Vergessen!“ im Plenarsaal

In der letzten Woche fand im Landtag NRW die Veranstaltung "Zuhören - Anerkennen - Nicht vergessen!" statt.

Dort kamen Betroffene zu Wort, die in den letzten Jahrzehnten in Heimen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie körperlich oder seelisch misshandelt wurden. Nachhaltig beeindruckt und betroffen gemacht haben mich die Schilderungen der langfristigen Folgewirkungen und der persönlichen Schicksale der ehemaligen Heimkinder“, so Heike Gebhard.

Schon in der Podiumsdiskussion machte Heike Gebhard deutlich, dass Politik verpflichtet ist, den Dialog zwischen Politik und Betroffenen fortzuführen. Als Vorsitzende des Sozialausschusses wird sie sich persönlich dieser Aufgabe widmen.

[Hier geht's zum Bericht](#) auf der Seite des Landtags NRW.



Urheber: Landtag NRW

Reise des SPD-Arbeitskreises „Brexit-Enquete“ in Berlin

Ein ungeordneter Brexit, das heißt das Ausscheiden Großbritanniens aus der Europäischen Union ohne entsprechenden Vertrag beider Parteien, hätte weitreichende Folgen, und das nicht nur für Großbritannien. Deshalb gilt noch immer: „Hard Brexit“ muss verhindert werden!

Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Arbeitskreis Enquetekommission Brexit der SPD-Landtagsfraktion machten sich deshalb zu Beginn dieses Monats auf den Weg nach Berlin, um über etwaige Folgen zu sprechen, und sich mit Vertreterinnen und Vertretern vom DGB Bundesvorstand sowie der Bundesagentur für Arbeit, zu besprechen.



Urheber: Privat

Wahlkreisarbeit

Skulptur "Der Kolibri unter'm Brustgefieder startet"



Urheberin: Heike Gebhard

Kürzlich eingeweiht wurde die Skulptur "Der Kolibri unter'm Brustgefieder startet" der Künstlerin Gudrun Schuster in den Berger Anlagen. Das neueste Projekt ist Teil der Reihe "Kunst am Baum". Marode Bäume, die aus Sicherheitsgründen gefällt werden müssten werden für künstlerische Zwecke verwertet. Heike Gebhards und Sebastian Watermeiers persönlicher Freizeittipp für die sonnigen Tage: Kühle Luft bei einem Spaziergang unter schattigen Bäumen rund um Schloss Berge genießen und das Auge mit "Kunst am Baum" erfreuen!

Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt

„Begegnung und Einblicke in die Alevitische Gemeinde“, so das Motto einer gemeinsamen Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt, des Gesprächskreis' SPD und Glaube sowie der Arbeitsgemeinschaft für Bildung, in Kooperation mit dem Alevitischen Verein.

Einblicke in den Alevitischen Glauben, den Menschen hinter diesem Glauben kennenlernen— Herr Yilmaz Kahraman vom Dachverband der Alevitischen Vereine in Deutschland referierte u.a. über die Geschichte der Aleviten. Allen Interessierten wurde an diesem Tag ein umfassender Einblick gewährt. Mehr Begegnungen statt Ausgrenzungen für das „WIR“-Gefühl in unserer Gesellschaft! Gerade heute auch wieder enorm wichtig. Gerne mehr!



Urheber: Privat



Heike Gebhard besucht den Evangelischer Kirchentag 2019



Gleich mehrere Termine nahm die Landtagsabgeordnete Heike Gebhard im Rahmen des Deutschen Evangelischen Kirchentags vom 19.-23.06. wahr—unter anderem den Jour-Fixe -Empfang der SPD. Gemäß des Mottos des Kirchentags „Was für ein Vertrauen“ sprach Torsten Schäfer-Gümbel über die Bedeutung von Vertrauen für die Zivilgesellschaft.

Urheber: Privat

Auf der Podiumsdiskussion der Diakonie Rheinland Westfalen Lippe zum Thema „Wohin mit dem Sozialstaat?“ legte Heike Gebhard einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der frühkindlichen Bildung: „Die höchste Bildung bekommt bei uns immer das meiste Geld. Doch eigentlich müsste es andersherum sein“. In Skandinavien beispielsweise würde der frühkindlichen Bildung ein höherer Stellenwert eingeräumt. Doch solche Änderungen über



Watermeier diskutiert mit Klasse 9c des Max-Planck-Gymnasiums

Begleitet von ihrer Lehrerin Sandra Latzke und ihrem Klassenlehrer Thomas Löwer nahm die Klasse 9c des Max-Planck-Gymnasiums aus Gelsenkirchen am Besuchsprogramm des Landtags für Schulklassen teil.

Nach einer Einführung in die Arbeit des Landtags NRW und einer Führung durch das Gebäude mit dem Besucherdienst ergab sich die Gelegenheit zu einer etwas über einstündigen Diskussion mit dem Gelsenkirchener Landtagsabgeordneten Sebastian Watermeier, dem die Klasse bereits aus einem vorherigen Besuch an ihrer Schule bekannt war. Er vertrat dabei Heike Gebhard, die zeitgleich in ihrer Funktion als Ausschussvorsitzende an



Urheber: Privat

der Veranstaltung „Zuhören—Anerkennen—Nicht Vergessen!“ teilnahm.

Unter anderem ging es um die Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen. Hier nahm gerade die Abwägung zwischen Verantwortung und negativen Folgen eines militärischen Eingreifens einen großen Raum ein.

„Ich habe die Diskussion mit der Klasse als intensiv und fordernd wahrgenommen und würde mich über die Gelegenheit freuen, sie künftig fortzusetzen“,



Heike
Gebhard



V.i.S.d.P.: Heike Gebhard und Sebastian Watermeier

SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf



Sebastian
Watermeier